

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 135. Ratssitzung vom 17. März 2021

3718. 2021/47

Dringliches Postulat von Willi Wottreng (AL), Marco Geissbühler (SP) und 11 Mitunterzeichnenden vom 03.02.2021:

Zentralbibliothek Zürich und Verein Pestalozzibibliothek, Gewährung eines nicht-diskriminierenden Zugangs zur Bücherausleihe für Sans-Papiers

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Willi Wottreng (AL)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3544/2021): Vor Jahren war ich selbst einmal mit diesem Problem konfrontiert. Ein staatenloser Freund wollte Bücher über Einbürgerung und zur jüdischen Geschichte ausleihen und bat mich, ihm zu helfen. Ich liess ihm meine Adresse – heute ist dieser Freund Schweizer Bürger. Die Umsetzung ist dringlich, weil in der Corona-Krise die meisten Sans-Papiers ihre Jobs verloren haben. Die Mehrheit von ihnen ist normalerweise erwerbstätig in den Niedriglohnbranchen. In diesen schwierigen Zeiten möchten sich einige vielleicht lesend weiterbilden, Eltern möchten und müssen ihre Kinder unterhalten, und literaturbegeisterte Sans-Papiers wollen anspruchsvolle Bücher lesen. Von den vermuteten 20 000 Sans-Papiers im Kanton sind viele seit mehr als zehn Jahren hier. Ein Fünftel von ihnen hat hier Familie. Sie können Lesesäle zwar benutzen, können aber keine Bücher ausleihen. Bei der Zentralbibliothek Zürich (ZB) – quasi die Leitbibliothek im Kanton und in der Stadt Zürich, eine öffentliche Stiftung – können sie sich ohne Adresse nicht im neuen Bibliothekssystem einschreiben. Bei den 14 Bibliotheken des Vereins Pestalozzibibliothek – der von der Stadt subventioniert wird und in dessen Vorstand vier Stadträte sitzen – benötigen sie einen Personalausweis, um Bücher auszuleihen. Das bedeutet eine Verletzung des Grundrechts auf Bildung. Möglicherweise wird irgendwann einmal die Schaffung einer Zürich City Card Abhilfe schaffen. Bis dahin braucht es aber eine andere Lösung. Wir schlagen die Schaffung einer Sammeladresse bei einer NGO vor, die die interessierten Sans-Papiers ins Formular eintragen könnten. Bei einem unerwarteten, hastigen Domizilwechsel von Sans-Papiers könnten Bücher verloren gehen. Der erwartete Verlust wird aber gemäss Stimmen aus den Bibliotheken als nicht sehr hoch eingeschätzt. Deshalb soll der Stadtrat eine limitierte und befristete Verlustdeckung gewähren – dies war ein ausdrücklicher Wunsch vonseiten der Bibliotheken. Manchmal braucht es eine originelle Lösung oder sogar eine Ungleichbehandlung, um sich der Rechtsgleichheit anzunähern.*

***Yasmine Bourgeois (FDP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Als ich dieses Postulat studierte, wunderte ich mich gleich mehrfach. Erstens fragte ich mich, ob das ein dringliches Problem ist. Zweitens wunderte ich mich über die Denkweise der Postulanten. Zum ersten Punkt: Ich finde es kein dringliches Problem, denn die Sans-Papiers haben heute schon Zugang zu Büchern. In der Pestalozzibibliothek (PBZ) können alle das*

Medienangebot vor Ort nutzen. In der interkulturellen Bibliothek Hardau sind auch Bücher vorhanden, die nicht in den geläufigen Sprachen verfasst sind. Die Ausleihe ist aber ohne Mitgliederausweis nicht möglich. Hier kann der Vorstoss durchaus etwas positives bewirken. Das finden wir prinzipiell auch nicht falsch. Zum zweiten Punkt, der Denkweise der Postulanten. Sie wollen ja mit dem Postulat etwas Gutes tun und sich für die Sans-Papiers einsetzen. Mich erstaunt es aber, dass sie offenbar von den Sans-Papiers nichts Gutes halten. Der Postulatstext ist ziemlich diskriminierend formuliert. Die Postulanten gehen davon aus, dass Sans-Papiers mehr Bücher verlieren als andere Benutzer. In der Schweiz und somit auch in der Stadt Zürich gilt, dass mit Rechten auch Pflichten verbunden sind. Wenn ich das Recht zur Ausleihe von Büchern habe, habe ich auch die Pflicht, diese ordnungsgemäss wieder zurückzubringen. Dafür bin ich selbst verantwortlich und nicht andere. Dazu kommt, dass mit der Nutzung des PBZ-Online-Angebots – das sich in einem starken Wachstum befindet – kein Kostenrisiko vorhanden ist. Wer physische Bücher bevorzugt, kann diese in jeder Pestalozzibibliothek zurückgeben. Wir schlagen deshalb eine Textänderung vor, nämlich die Streichung des Teils über die limitierte Verlustdeckung.

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, wie er darauf hinwirken kann, dass die Zentralbibliothek Zürich und der Verein Pestalozzibibliothek einen nichtdiskriminierenden Zugang zur Bücherausleihe für Sans-Papiers schaffen. Dies kann durch Zulassung einer Sammeladresse bei einer NGO und Gewährleistung einer limitierten Verlustdeckung bei Bücherverlusten erfolgen.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Wir würden auch mit dieser Textänderung nicht zustimmen. Wie Yasmine Bourgeois (FDP) erwähnte, benötigt man für die Ausleihe einen Mitgliederausweis, wofür wiederum ein Ausweis benötigt wird. Wie das für Sans-Papiers funktionieren soll, schreiben Sie in der Begründung: Über die Zürich City Card, die aber ein illegales Vorhaben ist. Deshalb lehnen wir den Vorstoss in jedem Fall ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP): *Die GLP wird dem Vorstoss mit und ohne Textänderung zustimmen. Wir halten es für eine sinnvolle Sache, wenn wir eine Lösung finden, wie wir hier zu beidseitigem Nutzen vorgehen können. Ich möchte aber noch darauf hinweisen, dass das nur ein ganz kleiner Tropfen auf den heissen Stein ist. Die GLP ist der Auffassung, dass es bezüglich Sans-Papiers und illegalem Aufenthalt Massnahmen auf einer ganz anderen Ebene braucht: der Ebene des Kantons. Es geht darum, dass wir die gut integrierten Sans-Papiers endlich legalisieren nach den Eckpunkten, wie es der Kanton Genf in den letzten Jahren sehr erfolgreich gemacht hat. Es ist Zeit, dass wir dies im Kanton Zürich ebenfalls tun. Leider sind uns die Hände auf Gemeindeebene gebunden. Wir wollen trotzdem Hand bieten für ganz kleine Schritte in die richtige Richtung.*

Andreas Kirstein (AL): *Yasmine Bourgeois (FDP) sagt, dass mit dem Wunsch nach einer limitierten Verlustdeckung sich zeige, wie schlecht wir über die Sans-Papiers denken. Es zeigt aber höchstens, wie gut wir die Realität der Benutzenden, die nicht Sans-*

Papiers sind, kennen. Jede Bibliothek weiss, dass ein Teil der Bücher nicht zurückgebracht werden. Wenn man eine Bibliothek davon überzeugen will, besondere, erweiterte Zugangsmöglichkeiten zu ihrer Institution zu schaffen, muss man diesen Bibliotheken einen Weg aufzeigen, wie ein allfälliger zusätzlicher Verlust gedeckt werden könnte. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass die Verlustquote bei den Sans-Papiers sich im gleichen Bereich bewegen wird wie bei allen anderen Benutzenden. Die Verluste sind aber bei den Sans-Papiers schwieriger wieder einzubringen. Deshalb ist es klar, dass man den Bibliotheken eine gewisse Sicherheit geben muss.

Urs Riklin (Grüne): Auch wir Grünen prüften, ob das Postulat dringlich ist. Wir kamen zum Schluss, dass es dringlich ist. Natürlich ist es allen freigestellt, in den Lesesälen Medien zu benutzen. Seit dem März 2020 waren diese jedoch über mehrere Monate geschlossen und die Benutzung vor Ort ist wegen der Pandemie sehr eingeschränkt. Es gilt auch zu bedenken, dass heutzutage in Bibliotheken nicht nur physische Bücher und Zeitungen genutzt werden, sondern auch filmisches Material auf DVD oder ein Sprachlernprogramm genutzt wird, was vor Ort aufgrund der Geräuschemissionen nicht möglich ist. Ebenfalls darf man nicht vergessen, dass ohne Benutzungsausweis auch die Online-Ausleihe nicht möglich ist. Die Dringlichkeit ergibt sich also aus zwei Gründen. Einerseits soll ein gleichberechtigter, gerechter Zugang zu Literatur, Bildung und Unterhaltung möglich sein. Andererseits wissen wir nicht, wie lange die Pandemie noch andauern wird und eine Benutzung vor Ort nicht möglich ist. Die Bürgerschaft sehen wir als notwendige Voraussetzung, die wir als Versicherung für die Trägerschaften der Bibliotheken anschauen.

Samuel Balsiger (SVP): Ich machte vorhin eine schöne Erfahrung. Ich gab bei Google Translate «Sans-Papiers» ein. Dort steht als Übersetzung «illegaler Einwanderer». Nennen wir es beim Namen: Es sind nicht Leute, denen etwas fehlt und die diskriminiert werden, sondern es sind Leute, die sich illegal hier in der Schweiz aufhalten und meist illegal einer Arbeit nachgehen. Sie zahlen weder Steuern noch Sozialabgaben und nehmen uns günstigen Wohnraum weg. Sie beanspruchen Infrastruktur, für die andere Leute bezahlen und sie keinen fairen Beitrag leisten. Es handelt sich also nicht um arme Opfer, die man beschützen muss. Ein Sans-Papier ist jemand, der illegal in unser Land kam und das System ausnützt, auf das Sie und ich und alle anderen rechtsstaatlichen Bürger sich darauf berufen. Er nutzt das System aus, benutzt etwas und bezahlt nicht dafür. Er geht einer Arbeit nach und zahlt aber keine Sozialabgaben und Steuern. Wenn wir 10 000 bis 14 000 Sans-Papiers in der Stadt haben, können Sie sich ausrechnen, wie viele günstigen Wohnungen vom Markt genommen werden. Es braucht keine weiteren Verhättschelungen, sondern den normalen Rechtsstaat. Es stimmt, es gibt ein Recht auf Bildung. Aber bevor Sie ein Recht auf Bildung in Anspruch nehmen können, müssen Sie den Rechtsstaat bei der Einwanderung durchsetzen, denn die Einwanderung kam zuerst. Meistens sind es Leute, die als Touristen aus Lateinamerika eingereist sind und nicht aus Kriegsgebieten. Ansonsten wäre ihr Status aus dem Asylwesen legalisiert. Eine grössere Gruppe von Sans-Papiers sind Leute, die ursprünglich einmal legal eingereist sind, aber straffällig wurden oder in einem Ausmass Sozialhilfe bezogen, dass man ihnen die Aufenthaltsbewilligung entzogen hat. Grosse Gruppen – das steht in einer Studie, in deren Begleitgruppe auch die Stadt Zürich war – sind Straftäter, denen man das

Aufenthaltsrecht entzog. Wenn Sie sich für den Rechtsstaat und Fairness einsetzen und Ihnen Anstand und Recht wichtig ist, schauen Sie dafür, dass die illegal Anwesenden ausgeschafft werden. Dann braucht es keine Zürich City Card und keine Vergünstigungen bei Bibliotheken.

Marco Geissbühler (SP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden: *Nach dem Votum von Samuel Balsiger (SVP) ist es dringend nötig, die Verhältnisse vom Kopf wieder auf die Füsse zu stellen. Wir sprechen heute über eine Gruppe von Stadtzürcherinnen und Stadtzürchern, die von der aktuellen Krise sehr hart getroffen wurde. Dies, weil sie durch die offizielle Schweiz und Ihre unmenschliche Migrationspolitik, Samuel Balsiger (SVP), die Sie in Bern und im Kanton betreiben, illegalisiert werden. Wir sprechen von Menschen, die durch unser System illegalisiert werden. Menschen, die hier vielfach in harten, prekären Jobs arbeiten. In Jobs, die Sie, Samuel Balsiger (SVP), wahrscheinlich nicht machen möchten. Jobs, bei denen die Menschen ausgenutzt werden – nicht die Menschen nutzen das System aus. Sie arbeiten beispielsweise als Hausangestellte oder in der Gastronomie. Sie haben keine soziale Absicherung – weder Kurzarbeit noch Arbeitslosengeld. Wenn sie ihre Stelle verlieren, haben sie von einem Moment auf den anderen kein Einkommen. Wir von der SP wollen eine Stadt für alle. Wer in Zürich lebt, ist ein Teil dieser Stadt. Alle Menschen müssen die gleichen Rechte, die gleichen Chancen und die gleichen Möglichkeiten haben. Deshalb sind wir dem Stadtrat dankbar für die unbürokratische Soforthilfe, die er Sans-Papiers in der Krise zukommen liess. Nur mit dieser Soforthilfe konnte eine humanitäre Katastrophe verhindert werden, die uns die bürgerlichen Parteien auf Bundes- und Kantonsebene mit ihrer gescheiterten Migrationspolitik um ein Haar eingebrockt hätten. Das ist die Situation. Nun muss man sagen: Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Während des Lockdowns waren die Sans-Papiers noch mehr in ihren vier Wänden eingesperrt als andere Menschen. Für viele von uns war es während der Corona-Zeit eine willkommene Abwechslung, draussen spazieren zu gehen und Freundinnen und Freunde im Park zu treffen. Sans-Papiers ist sogar diese Möglichkeit verwehrt. Die Polizeipräsenz ist während der Corona-Zeit sehr hoch. Die Sans-Papiers leben sowieso in einer ständigen Angst, von der Polizei entdeckt und aufgegriffen zu werden. Wenn viel Polizei unterwegs ist, verlassen sie ihre vier Wände nur noch im Notfall. Deshalb ist es wertvoll und sehr dringend, Sans-Papiers den Zugang zu Freizeitbeschäftigungen jetzt zu vereinfachen. Stadt für alle heisst auch ganz banal, dass sich Sans-Papiers Bücher nach Hause ausleihen können – sei es zum Spass, für Weiterbildung oder um Deutsch zu lernen. Gerade auch für Kinder, die in der jetzigen Situation besonders leiden. Wenn ich dran denke, wie gern ich als Kind selbst gelesen habe – ein Buch würde für mich in dieser Situation die Welt bedeuten. Die Zürich City Card könnte hier helfen, wenn wir sie schon hätten. Wir hoffen, dass die Stadt bis zur Einführung der City Card mit der Pestalozzibibliothek und der Zentralbibliothek eine funktionierende Übergangslösung findet. Das Problem ist zu akut und zu dringend, als dass wir noch vier Jahre warten könnten, bis wir die City Card haben. Im Namen von Willi Wottreng (AL) und von mir kann ich sagen, dass wir die Textänderung ablehnen, weil wir das explizit mit den Bibliotheken so besprochen haben. Die Ausführungen von Andreas Kirstein (AL) erklären dies.*

Markus Kunz (Grüne): *Ich bin im Vorstand der Pestalozzibibliotheken – wo übrigens*



5 / 5

nicht wie von Willi Wottreng (AL) erwähnt vier, sondern nur ein Stadtrat Einsitz hat. Auch was Stefan Urech (SVP) sagte, stimmt nicht: Ein Ausweis ist nicht zwingend nötig, um sich einzuschreiben. In unseren Statuten steht klar, dass wir alle natürlichen Personen als Mitglieder aufnehmen. Einzige Bedingung ist, dass man 16 Jahre alt ist. Wir denken bereits ein Sans-Papiers-Projekt an. Die Zürich City Card genügt teilweise schon. Es ist einiges im Gang und auf gutem Weg, denn das Problem wurde auch von uns erkannt. Trotzdem werden wir Grünen das Postulat natürlich unterstützen.

Das Dringliche Postulat wird mit 81 gegen 36 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat